

**Veröffentlichung der Broschüre zur 3. Münchner
Frauenkonferenz „100 Jahre Frauenwahlrecht.
Demokratie der Zukunft – nur mit uns!“
und der Ergebnisse der Studie
„Wählen und Gestalten – Motivationen und
Einstellungen von Münchner Frauen zu politischer
Mitwirkung und Wahlen“**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15062

2 Anlagen

Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 25.09.2019
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

**Dokumentation der 3. Münchner Frauenkonferenz „100 Jahre Frauenwahlrecht.
Demokratie der Zukunft – nur mit uns!“**

1. Das Format „Münchner Frauenkonferenz“

Im Jahr 2013 hatte die Gleichstellungsstelle für Frauen mit Beteiligung verschiedener Referate eine Frauenkonferenz zum Thema „next_generation“ konzipiert und durchgeführt. Der große Erfolg dieser Veranstaltung führte dazu, dass auf Wunsch des Stadtrates das Format "Münchner Frauenkonferenz" etabliert wurde. Auf diesen Konferenzen werden wichtige Frauenthemen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, diskutiert und auf diese Weise in die Stadtgesellschaft getragen. Sie finden überregional große Beachtung und haben inzwischen auch bundesweite Resonanz. Die zweite Münchner Frauenkonferenz fand 2016 zum Thema „Gender Budgeting“ statt und wurde von der Gleichstellungsstelle für Frauen, dem Direktorium und der Stadtkämmerei gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt.

2. Die 3. Münchner Frauenkonferenz: „100 Jahre Frauenwahlrecht“

Der Konferenzbericht, der hiermit bekannt gegeben wird, ist die Dokumentation der 3. Münchner Frauenkonferenz, die am 30. November 2018 stattgefunden hat. Historischer Anlass für die Veranstaltung war das Jubiläum "100 Jahre Frauenwahlrecht". Dementsprechend wurde seitens der Gleichstellungsstelle für Frauen die Veranstaltung auf ein wesentliches historisches Datum gelegt. Der 30. November war der Tag, an dem 1918 das Reichswahlgesetz in Kraft trat und für Frauen in ganz Deutschland das aktive und passive Wahlrecht festschrieb. In Bayern erhielten die Frauen das Wahlrecht kurz zuvor mit der Ausrufung der Republik durch Kurt Eisner am 7. November 1918.

Die erste Wahl, bei der die Frauen ihr neu errungenes Wahlrecht nutzen konnten, war die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Insgesamt 37 Frauen schafften den

Einzug in dieses erste demokratisch gewählte Organ, was einem Anteil von 9 % entsprach. Die bisherige 100 %ige Männerquote war erstmals aufgebrochen. Das war der bahnbrechende Erfolg eines harten jahrzehntelangen Kampfes der Frauenbewegung. Marie Juchacz, Sozialdemokratin, konstatierte damals: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

3. Präsenz von Frauen in der Politik

Rund um das Jubiläum zum Frauenwahlrecht gruppieren sich politische Wahlen auf vielen unterschiedlichen Ebenen: 2017 fand die Bundestagswahl statt, 2018 die Landtagswahl in Bayern, 2019 die Europawahl und 2020 wird es Kommunalwahlen in Bayern geben.

Wenn man heute in diese Parlamente sieht, ist es selbstverständlich, dass Frauen Parlamentsabgeordnete, Ministerinnen und sogar Bundeskanzlerin sind. Allerdings liegt die Quote der politischen Vertreterinnen immer noch nur im unteren Drittel. Frauen machen 51 % der Bevölkerung aus und sind mit 27 % im Bayerischen Landtag und mit 31 % im Deutschen Bundestag vertreten.

Was bedeutet das für eine Demokratie, wenn die Mehrheit der Bevölkerung nicht einmal zu einem Drittel in den Parlamenten vertreten ist, um politische Gestaltungsmacht auszuüben? Und welche Gründe sind für diesen Umstand verantwortlich? Wie kann eine Stadt dafür sorgen, dass Frauen einen gleichgestellten Zugang zu politischer Teilhabe bekommen und zum politischen Handeln motiviert sind? Das waren Fragen, die die Gleichstellungsstelle für Frauen in Verbindung mit dem Ziel einer demokratischen und geschlechtergerechten Gesellschaft beschäftigt haben.

4. Inhalte der Konferenz

Deshalb wurde diese Konferenz nicht als "Historische Feierstunde" angelegt, sondern das Thema "Frau und Politik" durch verschiedene Diskussionsforen und -runden beleuchtet. Ein Vortrag zur Historie des Frauenwahlrechts diente der Einordnung des Themas, die Diskussionen in den Foren und auf dem Podium wurden aufgrund aktueller Fragestellungen geführt:

- Wie gestaltet sich heute frauenpolitisches Engagement?
- Welche Strukturen fördern, welche Strukturen behindern Frauen in der Politik?
- Welche Veränderungsansätze gibt es?

Auch durch die aktuelle Entwicklung der politischen Landschaft in Deutschland und in ganz Europa, in der immer mehr Menschen sich einer politischen Beteiligung verweigern oder sich mit ihrer politischen Haltung bis über die demokratischen Ränder hinaus bewegen, waren Aussagen und Einschätzungen aus Frauensicht wichtig.

5. Wichtige Ergebnisse

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen ist eine Beschäftigung mit diesem Thema besonders sinnvoll. Wie die eigens von der Gleichstellungsstelle für Frauen in Auftrag gegebene Studie „Wählen und Gestalten“ zeigt und die Diskus-

sionen in den anderen Foren der Konferenz bestätigten, engagieren sich Frauen lieber in klar definierten Bezügen. Persönliche Kontakte und das Gefühl, etwas erreichen zu können, sind wichtig. Gerade die Kommunalpolitik bietet mit ihren unmittelbar das städtische Leben betreffenden Aufgaben hierfür Möglichkeiten. Maßnahmen und Regelungen können auf die Lebenswirklichkeit von Frauen andere Auswirkungen haben als auf die der Männer oder diverser Menschen. Das sollte die Politik im Blick haben und erreicht dies am besten durch direkte Einbindung der Frauen.

Die Studie „Wählen und Gestalten – Motivationen und Einstellungen von Münchner Frauen zu politischer Mitwirkung und Wahlen“

1. Ausgangslage und Studienziel

Ausgehend von der nachgewiesenen politischen Unterrepräsentanz von Frauen, ihrem dokumentierten politischen Wahlverhalten und der Feststellung, dass trotz des vor 100 Jahren erlangten Wahlrechts ihre gleichgestellte politische und gesellschaftliche Teilhabe noch nicht erreicht ist, hat die Gleichstellungsstelle für Frauen die obengenannte Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse auf der 3. Münchner Frauenkonferenz vorgestellt wurden.

Ziel der Studie war die Sammlung und Zusammenstellung der Antworten von Münchner Bürgerinnen zu ihrer Motivation und Einstellung bezüglich politischer Mitwirkung und Wahlen, um einen Überblick zu erhalten, wie Frauen ihren politischen Willen kundtun, wie sie ihn umgesetzt sehen wollen, welche Strategien sie einsetzen, welche Dynamiken, Prozesse und Umsetzungen sie als enttäuschend erleben und welche sie als erfolgreich und effizient beurteilen. Aus diesen Untersuchungsergebnissen könnten damit Unterstützungsleistungen und Maßnahmen bezogen auf die politische Teilhabe von Frauen in der Landeshauptstadt München ausdifferenzierter und passgenauer abgeleitet werden.

Dazu wurden unter anderem folgende Fragestellungen entwickelt:

Wie frauenpartizipativ sind unsere kommunalen Strukturen?

Wie sehen Münchner Frauen unser Wahlrecht?

Wie umfassend fühlen sie sich von unserem politischen System vertreten?

Wo sehen sie Erfolge in ihrer politischen Teilhabe?

Was erleben sie frauenpolitisch als Niederlage?

Welche Partizipationsformen nutzen oder gestalten sie?

Welche anderen Wege politischer Beteiligung gehen sie?

2. Methodisches Vorgehen bei der Untersuchung

Nach Durchführung des städtischen Vergabeverfahrens erhielt das Schäuble-Institut den Umsetzungsauftrag. In enger Abstimmung mit der Gleichstellungsstelle für Frauen gewann das Schäuble-Institut unterschiedlichste Münchner Bürgerinnen, u. a. durch direktes Ansprechen im öffentlichen Raum. Die Frauen unterschieden sich, wie gefordert, in ihrer Lebenssituation, z.B. nach Alter, Herkunft, Bildung, Formen von Berufstätigkeit, Familiensituation, Wahlrecht, persönlicher Erfahrung mit politischer und gesellschaftlicher Teilhabe und Lebensstil. Sie wurden zu insgesamt 4 unterschiedlich besetzten Dialogischen eingeladen. Das Schäuble-Institut führte durch diese Austauschrunden mit einem ausdifferenzierten dialogischen Untersuchungs-

Konzept, das verschiedene empirische sozialwissenschaftliche Elemente enthielt und sicherte die Ergebnisse in wissenschaftlichen Protokollen.

3. **Kurzdarstellung relevanter Studienergebnisse:** **Die Wahrnehmung der Frauen, erlebte Machtstrukturen,** **ihr politisches Interesse und ihre Strategien**

Im Folgenden sind beispielhaft relevante Ergebnisse aufgeführt, die von den Teilnehmerinnen der Dialogtische zusammengetragen wurden:

Die Frauen, die bei den Dialogtischen mitdiskutierten, fühlen sich in den größeren, formal geregelten Kontexten (z. B. Bundestagswahlen, Landtagswahlen) und von den entsprechenden Regierungsebenen kaum gesehen und repräsentiert. Im kommunalen Kontext erleben sie jedoch eine deutlich stärkere Berücksichtigung ihrer Bedarfe sowie vielfältigere und relevantere Partizipationsmöglichkeiten.

Sie erleben unser aktuelles politisches System als patriarchal und in geschlechterhierarchischen Machtstrukturen verhaftet. Dies begründet in ihrer Empfindung Folgendes: Ihre Belange werden kaum wahrgenommen und vertreten. Wenn diese aber anderen politischen oder gesellschaftlichen Strömungen dienlich sind, werden sowohl weibliche Bedarfe als auch Weiblichkeit an sich für andere Interessen instrumentalisiert. Dies wird aus Sicht der Frauen durch den Umstand verstärkt, dass in unserer Demokratieordnung soziale Asymmetrien, und hier insbesondere Geschlechterhierarchien, aus Stabilisierungs- und auch aus Machterhaltungsgründen aktiv aufrechterhalten werden.

Politisches Handeln scheint, auch propagiert durch die Medienberichterstattung, geprägt von Formalität, Polarisierung und Konkurrenz. In der lebenspraktischen Wahrnehmung der an der Studie Beteiligten gehen Haltungen und Entscheidungen von männlichem Denken und männlichen Lebenswelten aus. Die Diskutantinnen geben an, ein Kampffeld um Posten und Macht nicht unterstützen und bedienen zu wollen.

Sie haben aber ein großes Interesse an politischer Teilhabe und deren aktiver Gestaltung ohne machtsbezogene Formen politischer Beteiligung und Entscheidung. Ihr Anliegen ist Beteiligung ohne Behinderung und Ausgrenzung durch politische Strukturen, die ihnen viel zu selten die Möglichkeit bieten, an bestehende Diskussions- und Gremienformen anzuknüpfen.

Daher befürworten sie unter anderem geschlechterhomogene Austauschmöglichkeiten und frei gestaltbare Frauenräume, um Frauen Einstiege in die Politik zu ermöglichen und neue Strategien zur Vertretung von Frauenthemen zu entwickeln. Wichtige Grundsätze sind dabei gemeinsame basisdemokratische Diskussionen, gegenseitige Wertschätzung und die Kommunikation von Frauen über alle Altersgrenzen hinweg.

Auch, wenn sie das aktuelle politische System in Frage stellen, sehen Frauen, dass die weibliche Beteiligung bei Wahlen, ebenso wie die Übernahme eines Wahlmandats unverzichtbar ist. Nicht zu Wählen oder nicht zu Kandidieren wird aus ihrer Erfahrung heraus nicht als Ausdrucksform des Widerstands gesehen, sondern ausschließlich als Desinteresse der Frauen an Politik interpretiert.

Wichtig ist ein kontinuierlich praktizierter Austausch zwischen wählenden und gewählten Frauen, um gegenseitiges Verstehen und Vertreten angemessen zu gewährleisten. Dies ermöglicht den effizienten Transport des politischen Gestaltungswillens von Frauen und der gleichgestellten Einordnung ihrer Bedarfe und Forderungen.

4. Kommunale Ansatzmöglichkeiten zu gleichstellungsrelevanter Unterstützung politischer Teilhabe von Frauen

Ein Ansatzpunkt für kommunale Partizipation ist die Verbesserung von Teilnahmemöglichkeiten am politischen Leben. Ein Großteil der Frauen, die an der Studie teilgenommen haben, weist dringlich darauf hin, dass alle politischen Dialogformate die Alltagsbedingungen der Frauen zu berücksichtigen haben. Zeiten für Pflege, Sorge und andere soziale Verpflichtungen spielen für Frauen immer noch eine deutlich einschränkende Rolle als für Männer.

Den Frauen aus den Dialogforen ist wichtig, dass insbesondere Politikerinnen, aber auch Politiker, denen die Beteiligung der gesamten Stadtgesellschaft wichtig ist, mit allen Generationen, spezifisch unserer Bürgerinnen, ins Gespräch kommen.

Zum Einen sollten dazu regelmäßig geschlechtsspezifische, möglichst überparteiliche Dialogforen angeboten werden, zum anderen sollte der direkte gezielte Bürgerinnenkontakt mittels spezifischer frauenthematischer Begegnungen mit Frauen im Alltag gesucht werden. Auf diese Weise können auch Frauen erreicht werden, die nicht erwarten politisch gehört zu werden oder sich zu Wort melden zu können.

Teilhabe und Repräsentanz müssen sowohl für wählende als auch für gewählte Frauen strukturell verbessert und abgesichert werden. Zudem ist die Einbindung der Mitbürgerinnen wichtig, die in unserem System nicht wählen können.

Abschließende Betrachtung

Die Gleichstellungsstelle für Frauen unterstützt und initiiert gemäß ihres Auftrags unterschiedlichste Beteiligungsformate für Frauen unserer Stadtgesellschaft. Dieser ist in der Satzung der Landeshauptstadt München zur Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungssatzung) festgelegt. Demnach soll sie auf Grundlage des Verfassungsgebots auf die Gleichstellung von Frauen und Männern, auch der Münchner Bürgerinnen und Bürger, in Beruf, Familie und Gesellschaft hinwirken. Als wesentliche Aufgabe dazu ist im Satzungstext die „Initiierung von Maßnahmen zur besseren Berücksichtigung von Frauenbelangen“ festgehalten.

Bezogen auf politische Teilhabe setzt die Gleichstellungsstelle für Frauen dies zum einen um, indem sie die Stadtgesellschaft und hier insbesondere die Frauen über Postkarten und Broschüren sachbezogen informiert, damit sie ihr demokratisches Wahlrecht nutzen. Zum anderen organisiert, begleitet, koordiniert und vernetzt sie frauenbezogene Austauschplattformen, die einen Impuls für intensivere gemeinsame Diskussionsorte setzen können und setzen sollen. Dies betrifft sowohl den politischen Prozess von Bürgerinnen untereinander als auch den Austausch zwischen Bürgerinnen und Politiker_innen zur Vertretung von Mädchen- und Frauenbelangen in unserer stadtpolitischen Landschaft.

Im Laufe des letzten Jahres hat neben der in der Bekanntgabe behandelten 3. Frauenkonferenz eine Reihe unterschiedlicher Dialogveranstaltungen stattgefunden, die die

Gleichstellungsstelle für Frauen in eigener Initiative oder in unterschiedlichen Kooperationen durchgeführt hat.

Beispielhaft seien hier aufgeführt: Verschiedene öffentliche Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag inklusive der Verleihung des Anita Augspurg Preises 2018 und der Kooperationsveranstaltung „sieINSPIRIERTmich“ mit dem Kulturreferat, das jährlich gemeinschaftlich mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen stattfindende Kamingespräch, der gemeinsam mit der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung München durchgeführte Politische Frauenbrunch, die Mädchenkonferenz „Hört uns zu! Wir sagen was wir wollen.“ im Großen Sitzungssaal des Rathauses in Zusammenarbeit mit einem Aktionsbündnis aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen, die Themenwoche zu 120 Jahre Frauenwahlrecht mit der Landeszentrale für politische Bildung und die Veranstaltung „Verfassungsbruch in Permanenz“ gemeinsam mit der Münchner Volkshochschule. Im Rahmen des Aktionsplans zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, Punkt III.6, „Mitwirkung am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben“, sind neben Veranstaltungen auch andere Maßnahmen benannt, um gleichgestellte politische Teilhabe zu ermöglichen.

Für die Gleichstellungsstelle für Frauen ist die Frauenfrage zu politischer Mitwirkung und Teilhabe eine wichtige permanente Aufgabe. Die Politik hat dadurch vielfältige Anknüpfungspunkte, Frauenteilhabe themen- und bedarfsbezogen aufzugreifen und demokratisch zu gestalten. Bedingung für ein weiteres Wachstum politischer Präsenz von Frauen sind nicht nur sozialstrukturelle Veränderungen in der weiblichen Lebenssituation. Es braucht ebenso einen Bewusstseinswandel im politischen Agieren und die Entwicklung neuer Muster in der strukturellen und inhaltlichen Einbindung von Frauen, um sichtbare und unsichtbare Hürden abzubauen. Die Politik hat es in der Hand, Geschlechtergleichheit konsequent auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Systems zu installieren und dies „in der Lebenswirklichkeit von Münchnerinnen wirksam werden zu lassen.“ (Studie „Wählen und Gestalten“, S. 31).

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat /-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

IV. Wv. Direktorium

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.